



Antrag

der Fraktion der SPD

Eine starke Industrie für Schleswig-Holstein, vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Beschäftigung schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Eine zukunftsfähige Industriepolitik für Schleswig-Holstein erfordert eine soziale und ökologische industriepolitische Strategie.

Der Landtag bekennt sich zur Industrie in Schleswig-Holstein. Zur Sicherung der Industrie sowie für den Erhalt und Ausbau von Industriearbeitsplätzen fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- die Fachkräftesicherung durch eine leistungsfähige duale Ausbildung und durch Maßnahmen zur Weiterbildung und Qualifizierung auszubauen.
- sich für ein Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung einzusetzen.
- für die mit der Digitalisierung verbundenen neuen Anforderungen an Arbeitsprozesse entsprechende Angebote zu entwickeln und zu fördern. Maßnahmen für faire Arbeit, gute Tariflöhne und starke Tarifbindung zu ergreifen und selbst entsprechende Standards zu setzen.
- das Vorhaben der Bundesregierung zu unterstützen das Kurzarbeitergeld auf mindestens 24 Monate zu verlängern.
- verstärkt Maßnahmen im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes umzusetzen.
- Forschungsprojekte der Hochschulen eng mit der Industrie zu verzahnen und Wissens- und Technologietransfer zwischen Industrie und Hochschulen zu fördern.

- angesichts der Abhängigkeit der Werftindustrie vom industriellen Bereich der Wehrtechnik Initiativen zur Konversion zu entwickeln.
- Kompetenzfelder für die maritime Wirtschaft auch im zivilen Schiffbau zu entwickeln, zum Beispiel im Kontext mit der Energiewende.
- die Wasserstoffstrategie Schleswig-Holstein darauf auszurichten, dass CO₂-intensive Betriebe über den Einsatz von Öko-Wasserstoff ihre Produktionsweise klimaneutral umstellen können.
- den Rahmen für eine Energieversorgung zur Produktion von Öko-Wasserstoff im industriellen Maßstab zu schaffen.
- die Regionalplanung für den Ausbau der Windenergie zügig abzuschließen, um Know-how und Arbeitsplätze in dieser Branche zu sichern.
- eine zuverlässige Energie-Versorgung der Industriestandorte in Schleswig-Holstein zu sichern. Das LNG Terminal in Brunsbüttel kann bei der Versorgung der Industriestandorte als Übergangstechnologie ein wichtiger Bestandteil sein.
- den Ausbau der Logistikwirtschaft als Partner der Industrie und Wirtschaft zu fördern.
- die Infrastruktur auf die schnelle Erreichbarkeit logistischer Knotenpunkte auszubauen.
- die für die Digitalisierung relevante Infrastruktur auszubauen.
- regionale Initiativen zur Ansiedlung von Industrie- und Gewerbeunternehmen zu unterstützen.

Begründung:

Eine starke Industrie ist zentral für den Wohlstand unseres Landes. Darum kommt ihr auch eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der zukünftigen Wertschöpfung zu. Hier liegt eine große Aufgabe: Der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft verlangt nach einer Struktur- und Industriepolitik, die Wirtschaftspolitik nicht darauf reduziert, einen Ordnungsrahmen für den freien Markt zur Verfügung zu stellen, sondern die erforderliche Gestaltung des Transformationsprozesses mit einem modernen Mix aus Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öffentlichen Investitionen ermöglicht. Die starken Industriebranchen im Land müssen mit ihrem Know-how und gut ausgebildeten Fachkräften gesichert und ausgebaut werden. Dazu gehören unter anderem die maritime Wirtschaft, die Energiebranche, der Maschinen- und Anlagenbau, Bahntechnik, die Ernährungswirtschaft, die Chemie- und Pharmaindustrie und die Medizintechnik. Die globalen Veränderungen und Herausforderungen, wie die notwendige ökologische Modernisierung, der stetig voranschreitende Strukturwandel, der Klimawandel, die Digitalisierung, die Energiewende und der Handlungsdruck der demografischen Entwicklung sowie die spezifische Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein erfordern ein modernes und sozialverträgliches, zukunftssicherndes und nachhaltiges industriepolitisches Konzept.

Eine moderne Wirtschafts- und Industriepolitik kann nur Erfolg haben, wenn Transformations- und Innovationsprozesse aktiv von den Sozialpartnern begleitet werden. Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeit sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Technischer Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum müssen den Menschen zugutekommen und zu gesellschaftlichem Fortschritt führen.

Für die Herausforderungen der Digitalisierung und für weitere zentrale Themen wie Unternehmensfinanzierungen und Flächenbereitstellung für Industrie, Fachkräftesicherung, wirtschaftsnaher Forschung und Entwicklung, neue Technologien, ökologische Modernisierung, Künstliche Intelligenz und gute Arbeitsbedingungen müssen Lösungen gefunden werden.

Thomas Hölck
und Fraktion